

**Vortrag an den Ministerrat
betreffend den informellen ECOFIN-Rat
am 27. und 28. April 2018 in Sofia**

Die Schwerpunktthemen des informellen ECOFIN-Rates betrafen die weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Weiters standen die Stärkung der wirtschaftlichen Konvergenz in der EU, die Errichtung der Kapitalmarktunion sowie die Modernisierung der Steuerverwaltungen im Hinblick auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf der Tagesordnung. Schließlich hat die Präsidentschaft über das erste Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure unter argentinischem Vorsitz am 19./ 20. März in Buenos Aires berichtet.

Die Euro-Gruppe befasste sich mit den aktuellen Entwicklungen in Griechenland sowie der Lohnentwicklung in der Euro-Zone im Rahmen der thematischen Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung. Zudem haben die Vorsitzenden des SSM, Danièle Nouy, sowie des SRB, Elke König, über die aktuellen Herausforderungen in ihren Arbeitsbereichen informiert. Darüber hinaus hat der deutsche Finanzminister, Olaf Scholz, unter dem TOP „Allfälliges“ die wirtschafts- und budgetpolitischen Schwerpunkte der neuen Regierung vorgestellt.

Ferner hat am 26. April das Treffen der ASEM-Finanzminister/innen stattgefunden, das alle zwei Jahre alternierend in Europa und Asien organisiert wird. Themenschwerpunkt des 13. ASEM-Finanzministertreffens war die (weitere) Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der Partnerschaft zwischen Asien und Europa. In diesem Kontext hat ein Meinungsaustausch über die Risiken für die Weltwirtschaft stattgefunden, in dessen Rahmen die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration sowie die Durchführung von Strukturreformen

als gemeinsamer Lösungsansatz betont wurden. Weitere Themen waren die Herausforderungen im Hinblick auf die Besteuerung der digitalen Wirtschaft sowie die Bedeutung der Cybersicherheit für das Finanzsystem. Die Ergebnisse der Diskussionen sind in einem gemeinsamen Communiqué festgehalten.

Aktuelle Entwicklungen in Griechenland

Von den Institutionen wurde berichtet, dass sie am 14. Mai für die letzte Programmüberprüfung nach Athen zurückkehren werden und bis zum nächsten Treffen der Euro-Gruppe eine Einigung auf die für den Abschluss des Review erforderlichen Vorleistungen erzielt werden soll. Zudem hat der griechische Finanzminister die langfristige Wachstumsstrategie mit den Zielen und Prioritäten Griechenlands für die Zeit nach Abschluss des Programmes präsentiert. Demnach sollen das Wachstum und die Investitionen u.a. durch Reformen des Steuersystems, der öffentlichen Verwaltung und des Justizwesens sowie durch Modernisierung der Infrastruktur und durch bessere Nutzung der Digitalisierung gefördert werden. In Bezug auf allfällige weitere schuldenerleichternde Maßnahmen wurde von der Euro-Gruppe nochmals betont, dass die Entscheidung über deren Umsetzung am Ende des vollständig abgeschlossenen Programmes getroffen wird. Die Euro-Gruppe hat außerdem zur Kenntnis genommen, dass Griechenland nicht beabsichtigt eine Nachfolgevereinbarung zu beantragen. Die EK hat angekündigt, dass sie die künftigen wirtschaftlichen und budgetären Entwicklungen einer „verstärkten Überwachung“ unterziehen will.

Bankenunion - Tätigkeitsberichte des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) sowie des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB)

Unter diesem TOP haben die Vorsitzende des SSM, Danièle Nouy, und die Vorsitzende des SRB, Elke König, über die laufenden Aktivitäten und Herausforderungen informiert. Laut der SSM-Vorsitzenden hat sich die Kapitalisierung der Banken weiter verbessert und die NPL-Quote ist von 6,5% auf 5,2% zurückgegangen. Die SRB-Vorsitzende hat u.a. über den aktuellen Stand bei der Erhebung der Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds für 2018 sowie über die Fortschritte bei der Weiterentwicklung der Abwicklungsplanung berichtet. Ferner wurde die nach Geldwäsche-Vorwürfen notwendig gewordene Liquidierung der ABLV-Bank zum Anlass genommen, die technische Ebene mit der Prüfung von Möglichkeiten zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden zu beauftragen.

Thematische Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung - Lohndynamik

Im Rahmen der thematischen Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung hat sich die Euro-Gruppe auf Basis einer EK-Note sowie einer Präsentation durch den Präsidenten der staatlichen Sozialversicherungsanstalt Italiens mit der Frage befasst, wie die wirtschaftliche Resilienz im Wege der Lohngestaltung/-politik erhöht werden kann. Im Rahmen des Meinungsaustausches wurde mehrfach betont, dass die Thematik zwar eine starke nationale sowie sektorale Dimension aufweist, gleichzeitig aber ebenso auf die zahlreichen politischen Instrumente verwiesen, die dazu beitragen könnten Lohn- und Produktivitätsentwicklungen in Einklang zu bringen. Als Beispiele wurden in diesem Zusammenhang u.a. Reformen zur Verringerung der Segmentierung der Arbeitsmärkte sowie zur Erhöhung der Arbeitnehmermobilität genannt. Zudem sollten die Vorteile von technologischem Fortschritt und Digitalisierung besser genutzt werden. Schließlich hat der Vorsitz angekündigt, dass die Euro-Gruppe bei ihrem Treffen im Juni erneut mit Arbeitsmarktfragen befasst werden soll.

Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Im Rahmen eines Arbeitsmittagessens hat sich der ECOFIN-Rat mit der weiteren Vertiefung der WWU und dabei insbesondere mit der Vollendung der Bankenunion sowie der Weiterentwicklung des ESM befasst. In diesem Zusammenhang wird aktuell einerseits an der allgemeinen Ausrichtung des Maßnahmen-Pakets im Bankensektor sowie an der Präzisierung der Kriterien zur weiteren Risikoreduktion auf Basis der Roadmap von Juni 2016 gearbeitet. Andererseits werden Reformoptionen für die Weiterentwicklung des ESM diskutiert. Beim Meinungsaustausch haben die Finanzminister/innen einmal mehr breite Unterstützung dahingehend bekundet, dass der ESM die Rolle des Backstop für den SRF übernehmen soll. In Bezug auf die Finalisierung des Pakets zur weiteren Risikoreduzierung im Bankensektor hat die Präsidentschaft betont, intensiv an der Erzielung der allgemeinen Ausrichtung beim ECOFIN-Rat im Mai zu arbeiten. Bezüglich der Roadmap von 2016 haben sich einige Mitgliedstaaten für die Aufnahme weiterer Kriterien zur Risikoreduktion (u.a. MREL) ausgesprochen.

Konvergenz in der EU – Innerhalb und außerhalb der Euro-Zone

Beim Meinungsaustausch zu diesem TOP, auf Basis eines Issues Paper der Präsidentschaft sowie eines Berichtes vom Centre for European Policy Studies (CEPS), ging es um die Frage, wie nachhaltige Konvergenz vor dem Beitritt zur Euro-Zone und auch danach sicher gestellt

werden kann. In der CEPS-Analyse wird u.a. gezeigt, dass insbesondere die in den 2000er Jahren beigetretenen Staaten aus Mittel- und Osteuropa beim BIP pro Kopf rasch aufholen konnten. Innerhalb der Euro-Zone hat sich allerdings der Norden vom Süden abgesetzt, weshalb die Analyse zum Schluss kommt, dass im Gesamtbild bis dato eine Ost-West Konvergenz und Nord-Süd Divergenz zu beobachten ist. Anhand des Beispiels der USA wird zudem gezeigt, dass auch in institutionell sehr homogenen Wirtschaftsräumen die Konvergenz nicht notwendigerweise bis zur vollständigen Angleichung führt; allerdings wird sie durch die Integration der Kapitalmärkte sowie eine gut funktionierende Bankenunion gestärkt. Bei der Debatte wurden die (bekannten) Positionen im Wesentlichen bestätigt: Während die eine Gruppe der Mitgliedstaaten neue Fiskalinstrumente (u.a. Fiskalkapazität) zur Förderung der Konvergenz forderte, trat die andere Gruppe für die konsequentere Anwendung bereits bestehender Verfahren sowie eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik ein.

Kapitalmarktunion: Weitere Schritte zur Verringerung der Fragmentierung

Ziel des Aktionsplans aus 2015 ist es, die Integration der Finanzmärkte zu stärken, die Finanzierungsquellen zu diversifizieren sowie die Kapitalbeschaffung für die Realwirtschaft zu erleichtern. Seitdem hat die EK eine Vielzahl legislativer sowie nicht-legislativer Maßnahmen vorgelegt, darunter zuletzt Mitte März u.a. Vorschläge zur Förderung von Crowdfunding, zu gedeckten Schuldverschreibungen sowie zu Risikorückstellungen für künftige NPLs. Nachdem bis dato lediglich drei der insgesamt dreizehn legislativen Vorschläge angenommen wurden, sollte beim Meinungsaustausch im Rahmen des ECOFIN-Rates, auf Basis einer Issues Note der Präsidentschaft sowie eines Berichtes von Bruegel, eine Priorisierung der Dossiers unternommen werden. Die Mitgliedstaaten haben die Analyse der beiden Diskussionspapiere grundsätzlich geteilt, wonach insbesondere bei der Schaffung eines Paneuropäischen Pensionsproduktes, der Überarbeitung der Vorschriften für Wertpapierfirmen sowie dem Rahmenwerk zur Aufsicht von zentralen Gegenparteien rasche Verhandlungsfortschritte erzielt werden sollten. Im Zusammenhang mit der Reform der EU-Aufsichtsbehörden haben sich zahlreiche Mitgliedstaaten kritisch über die von der EK vorgeschlagene Ausweitung der Befugnisse der EU-Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) geäußert. Ferner haben einige Mitgliedstaaten die Bedeutung einer zügigen Umsetzung des Mitte März vorgelegten FinTech-Aktionsplans betont.

Modernisierung der Steuerverwaltungen

Wiewohl zur Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen in den vergangenen Jahren bereits mehrere EU-Rechtsakte angenommen wurden (u.a. Amtshilfe-Richtlinie,

Verwaltungszusammenarbeits-Verordnung im Bereich der Umsatzsteuer), gibt es vor dem Hintergrund der gestiegenen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung weiterhin Handlungsbedarf. Beim informellen ECOFIN-Rat hat daher ein Meinungsaustausch über Möglichkeiten zur Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit bzw. des Informationsaustauschs zwischen den Steuerbehörden stattgefunden.

Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Unter diesem TOP hat schließlich ein Meinungsaustausch zu den EK-Vorschlägen vom Oktober 2016 über die Gemeinsame (konsolidierte) Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (G(K)KB) sowie den am 21. März dieses Jahres vorgelegten Richtlinien zur Besteuerung von digitalen Leistungen, ebenfalls auf Basis einer Issues Note der Präsidentschaft, stattgefunden. Dabei hat sich gezeigt, dass die von der EK vorgeschlagene kurzfristige Maßnahme im Wege einer Digitalsteuer von zahlreichen Mitgliedstaaten unterstützt wird. Einige Mitgliedstaaten haben betont, dass sie eine globale Regelung im Rahmen der OECD bevorzugen würden, und eine allfällige temporäre Lösung auf EU-Ebene eine solche globale Regelung nicht gefährden dürfe. In Bezug auf die G(K)KB wurde betont, dass noch große Anstrengungen auf technischer Ebene erforderlich sind, um Fortschritte zu erzielen; dabei haben sich einige Mitgliedstaaten dafür ausgesprochen den Fokus der Verhandlungen auf jene Bereiche (darunter erhöhte Abzugsmöglichkeiten von Forschung und Entwicklung) zu legen, durch die die Wettbewerbsfähigkeit der EU gefördert würde.

Ich stelle den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. Juni 2018
Bundesminister für Finanzen:
Hartwig Löger